

Land als Ware

Auf der Suche nach risikoarmen Geldanlagen setzen immer mehr Investoren auf die Pacht oder den Kauf grosser Landflächen in der Dritten Welt. Das Nachsehen haben die Bauern, die das Land bisher bearbeitet haben.

Nuria Kyo floh mit ihren vier Kindern vor der Dürre, dem Hunger und den islamistischen Milizen in ihrer somalischen Heimat in den Süden Äthiopiens ins Flüchtlingslager Dolo Ado.

Seither ist die junge Frau in dem riesigen Camp inmitten der äthiopischen Wüste auf internationale Hilfsgüter angewiesen.

Während die Katastrophenhilfe hierzulande in den letzten Monaten auf Hochtouren lief, um den rund 13 Millionen Opfern der Dürre- und Hungerkatastrophe in Somalia und Kenia zu helfen, wird in anderen Regionen Äthiopiens die ganze Hilfsmaschinerie konterkariert.

In dem nordostafrikanischen Land, etwa fünfzig Kilometer westlich der Hauptstadt Addis Abeba, wachsen Spargel, Radieschen, Kürbisse und Basilikum. Jan Prins baut dort auf rund 150 Hektar das Gemüse an. Auf den nahegelegenen Märkten ist davon aber nichts zu finden. Was der Holländer anbaut, ist für 5-Sterne-Hotels in Dubai, Katar, Bahrain und Saudi-Arabien bestimmt.

Prins ist nur ein kleiner Nutznießer in einem großen Spiel um landwirtschaftliche Nutzflächen. In Äthiopien, das selbst immer wieder mit dramatischen Hungerperioden zu kämpfen hat, werden von staatlichen Stellen seit Jahren riesige Landflächen verkauft oder langfristig verpachtet, um dort Exportgüter zu produzieren.

Die Landkäufer und -pächter kommen vor allem aus Indien und Saudi Arabien und stürzen sich mit großen Versprechungen zur Entwicklung der Region auf das billige Ackerland. Solche Investitionen rentieren sich für Spekulanten, Konzerne und privaten Investoren schon deshalb, weil die versprochenen Arbeitsplätze, Schulen und Infrastrukturmaßnahmen in aller Regel ausbleiben.

Der Wettlauf um fruchtbares Ackerland ist eröffnet

Weltweit ist ein oft klammheimlicher Wettlauf um Land im Gange, der vor allem die armen und ärmsten Länder trifft. In Maßstäben von 100.000 Hektar und mehr werden hier von nationalen und multinationalen Konzernen und mit staatlicher Unterstützung fruchtbare Landflächen zu Spottpreisen erworben. So kostet im südlichen Afrika erstklassiges Ackerland pro Hektar im besten Fall umgerechnet 700 Euro, während die gleiche Fläche in Deutschland rund 16.500 Euro kostet.

Im Äthiopien baut der indische Investor Karuturi Global Limited auf rund 12.000 Hektar Reis, Zuckerrohr, Gerste, Mais und Gemüse an, um die eigenen Märkte zu versorgen. Für den indischen Konzern ist das schon jetzt ein lohnendes Geschäft, das er in den kommenden Jahren auf bis zu 300.000 Hektar ausbauen will. Kritiker sprechen von Landgrabbing, frei übersetzt Landraub, und von neokolonialen Strukturen oder Agro-Imperialismus.

Auch deutsche Unternehmen wie die bayerische Acasis AG gehören zu den neuen Landpächtern. Acasis baut in Äthiopien seit 2006 Jatropa- und Castorpalmen an, aus denen so genanntes Non-Food-Öl für die Kosmetikherstellung gewonnen wird. 56.000 Hektar wertvolles Ackerland werden dafür bereits genutzt, auf weitere 200.000 Hektar hat die Firma aus Gelching bei München eine Option.

Aber nicht nur afrikanische Länder wie Äthiopien, Sudan, Kongo, Somalia, Tansania oder Kenia sind von dieser Entwicklung betroffen. Asien, Südamerika und Osteuropa sind offensichtlich ähnlich verlockende Ziele der Agro-Industrie. Nach Informationen der Entwicklungsorganisation Oxfam sind seit 2001 rund 227 Millionen Hektar Land aufgekauft oder gepachtet worden. Diese Fläche entspricht in etwa der Größe Westeuropas. Land ist zu einem der wichtigsten Spekulationsobjekte geworden, in die Investitionsfonds besonders gerne ihr Kapital stecken. Damit werden vor allem die so genannten Entwicklungsländer zum landwirtschaftlichen Rohstofflieferanten der Industrie- und Schwellenländer.

Allein in Argentinien sind laut Aussage der dortigen Agrargesellschaft rund 20 Millionen Hektar Land in ausländischen Händen. Die neuen Besitzer aus den USA, aus Deutschland, England, den Bahamas, der Schweiz und zunehmend China pflanzen dort Soja, Baumwolle, Zuckerrohr, Mais und Weizen an. Renten- und Pensionsfonds investieren hier und die dort Versicherten ahnen nichts von ihren südamerikanischen Landanteilen.

Banken beugen sich der Kritik – oder auch nicht

In ein besonders umstrittenes Landprojekt war auch das größte deutsche Landwirtschaftsunternehmen, die Deutsche Bank nämlich und ihre Tochter DWS Investment GmbH verstrickt. Über ihre Fonds war die Bank, die gerne mit ihrer ökologischen und nachhaltigen Finanzpolitik wirbt, an einer der größten Landvertreibungen in Asien beteiligt. In Kambodscha baut der thailändische Konzern KSL in riesigen Monokulturen Zuckerrohr an, um Europa mit billigem Zucker zu versorgen. Knapp 11 Millionen Euro investierten die Manager der DWS und beteiligten sich damit an der Vertreibung von mehr als 400 Kleinbauernfamilien, die dem landhungrigen Großkonzern im Weg waren. Anfang März stieß die Deutsche Bank Tochter ihre Anteile nach öffentlichem Druck deutscher Medien ab. Trotzdem ist die Deutsche Bank und ihre Investment-Tochter weiterhin mit rund 250 Millionen an Firmen beteiligt, die Landgrabbing betreiben.

Auch in der Schweiz sind Banken und Fonds in Landgeschäfte involviert, heißt es in einer Veröffentlichung von „Brot für alle“ aus dem vergangenen Jahr. Als Kapitalbeschaffer indonesischer Großinvestoren seien Credit Suisse und die UBS tätig geworden, Privatbanken wie Sarasin und Pictet böten ihren Kunden Fonds an, die an einem brasilianischen Zuckerproduzenten beteiligt sind, der wegen der sklavensähnlichen Arbeitsbedingungen in der Kritik steht. Über die Nebenwirkungen dieser für Anleger attraktiven Fonds steht nichts in den Verkaufsprospekten: Kleinbauern verlieren durch die groß angelegten Landkäufe ihre Lebensgrundlage, werden zwangsumgesiedelt und erhalten weder die versprochenen Entwicklungsleistungen wie Arbeitsplätze oder Bildungschancen, noch irgendwelche Entschädigungen. Einerseits werden durch die Praxis die betroffenen Kleinbauern ihrer Lebensgrundlage beraubt, andererseits steigen die Lebensmittelpreise gerade durch Spekulationen so stark, dass sich große Teile der Bevölkerung vor allem in den wenig entwickelten Ländern nicht mehr versorgen können. Und damit schließt sich der Kreis aus Landraub, Vertreibung, Hunger, Flucht und notwendigen Hilfslieferungen.

Nuria Kyo und ihren Kindern wäre vielleicht besser geholfen, wenn der groß angelegte landwirtschaftliche Anbau in den Entwicklungsländern der dortigen Bevölkerung zugute käme. Das löst zwar nicht die Probleme, die durch Dürre oder Überschwemmungen entstehen, wäre aber ein wichtiger Baustein beim Kampf gegen den weltweiten Hunger.

Helge Neuschwander-Lutz